



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 18.02.2010

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 21.01.2010, 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Schoser
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	ab 15:15 Uhr
Herr Klaus Artt	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 16:10 Uhr
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Frank Kraus	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Mike Pöhler		
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Herr Günther Strauß stellvertretend für Herrn Dr. Ernst Drösemeier

Herr Michael Eppenich

Herr Christian Rahmfeld

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge

Presse

Zuschauer

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln im neuen Jahr. Sie weist auf die aktuellen Tagesordnungen hin und trägt vor, dass die Erweiterungen an den fett gedruckten Tagesordnungspunkten zu erkennen sind. Außerdem weist sie auf die Tischvorlagen hin.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün informiert sie, dass die Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung zu TOP 2.1, 2.2 und 2.4 zur nächsten Sitzung beantwortet werden. TOP 5.6, 5.9 und 5.10 werden von der Verwaltung zurückgezogen. Die Begründungen stehen auf der aktuellen Tagesordnung.

Zu TOP 5.1 und 5.2 kommen Herr Stüttem und Frau Janesch vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Zu TOP 5.1 liege noch ein gemeinsamer Änderungsantrag von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Dieser stehe noch nicht auf der erweiterten Tagesordnung, da er erst nach deren Umdruck bei der Verwaltung eingegangen sei.

Zu TOP 5.3 werde Frau Drewermann vom Stadtplanungsamt als Vertreterin der Verwaltung anwesend sein, um Fragen zu beantworten.

Zu TOP 5.4 komme Herr Werker von den StEB.

Sie schlägt vor, die Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln aufgrund dessen kurzer Tagesordnung vorzuziehen und an den Anfang zu setzen und danach die Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün abzuhalten.

RM Herr Bacher regt an, auch TOP 5.5, der mit 5.9 zusammenhänge, in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller bittet, die beiden Punkte 5.5 und 5.9 in der nächsten Sitzung hintereinander auf die Tagesordnung zu setzen.

Die übrigen Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden und legen die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

I. Gleichstellungsrelevante Themen

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Bodenbelastung auf dem Festplatz südlich der Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
5409/2009

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Messung der Luftqualität
Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2010
AN/1945/2009

2.2 Rahmenbedingungen für ein "Kölner Jahr der Umwelt 201x"
Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.12.2009
AN/1988/2009

2.3 Taubenmanagement
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.08.2009
(AN/1297/2009)
3606/2009

2.4 Städtische Baumschule
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 18.01.2010
AN/0143/2010

2.5 Klimawandel: Solaratlas für Köln
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 26.11.2010
(AN/1839/2009)
0072/2010

2.6 Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.07.2009
(AN/1244/2009)
0246/2010

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Realisierung eines Schulbauernhofs
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2009
AN/1867/2009

4 Mündliche Anfragen

- 4.1 Mündliche Anfrage des RM Herrn Dr. Welpmann
Haushalt 2010
Transparente Darstellung des "Umwelt- und Grün"-Etat
- 4.2 Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer
Baumbestand Heisterbachstraße
- 4.3 Erinnerung an eine mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
Nutzung von Cofermentation zur Erhöhung der Gasausbeute

5 Beschlussvorlagen

- 5.1. Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen
3140/2008

Zukünftige Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen, DS-Nr.
3140/2008

Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2010
AN/0195/2010

- 5.2 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008
- 5.3 Ergebnis des städtebaulichen Verfahrens Raum | Stadt | Brücke Köln-Mülheim,
Grundlage der weiteren Planung
3422/2009
- 5.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
4686/2009
- 5.5 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2862/2009
zurückgestellt in die nächste Sitzung am 11.03.2010

- 5.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
4512/2009
von der Verwaltung zurückgezogen
- 5.7 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweilerstraße in Köln-Ossendorf
Hier: Ingenieurleistungen für die Oberflächenabdichtung
4966/2009
- 5.8 Toilettencontainer an den Poller Wiesen und der Rodenkirchener Riviera
5316/2009
- 5.9 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
2977/2009
von der Verwaltung zurückgezogen
- 5.10 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)
Öffentliche Auslegung
2. Durchgang
3525/2009
von der Verwaltung zurückgezogen
- 5.11 Machbarkeitsstudie "Beleuchtete Laufstrecken in Köln"
5270/2009
- 5.12 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Bürgermeisterkonvent
0215/2010
- 6 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 7 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 8 Mitteilungen**
- 8.1 Maßnahmen der Landschaftsentwicklung zur Aufwertung der Kulturlandschaft im Rahmen des Projektes RegioGrün
4833/2009
- 8.2 Sachstandsbericht zum Projekt Ökoprofit in Köln
5012/2009

- 8.3 Machbarkeitsstudie "Beleuchtete Laufstrecken in Köln"
- 8.4 Aufforstung des Waldlabors an der Bachemer Landstraße
0021/2010
- 8.5 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Mauspfad in
Porz-Lind
Hier: Verkehrsführung während der Baumaßnahme
5210/2009
- 8.6 Vergabe des Deutschen Umweltpreises 2010
0119/2010
- 8.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5290/2009
- 8.8 Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz
0245/2010
- 8.9 Altdeponie "Stöckheimer Weg"
Vorübergehende Schließung der Kleingartenanlage
0329/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 10 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Beschlussvorlagen**
 - 13.1 Allgemeine Beschlussvorlagen
 - 13.2 Vergaben
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
 - 16.1 Bekanntmachung vergebener Aufträge
3909/2009

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller verpflichtet folgende sachkundige Einwohnerin und Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herrn Wilfried Becker	(SPD-Fraktion)
Herrn Dietmar Donath	(auf Vorschlag der SPD)
Herrn Josef Druckenmüller	(auf Vorschlag der CDU)
Frau Barbara Röttger	(auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik)

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Bodenbelastung auf dem Festplatz südlich der Arnsberger Straße in Köln-Buchheim 5409/2009

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Messung der Luftqualität Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2010 AN/1945/2009

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2.2 Rahmenbedingungen für ein "Kölner Jahr der Umwelt 201x" Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.12.2009 AN/1988/2009

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2.3 Taubenmanagement
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.08.2009
(AN/1297/2009)
3606/2009

Herr Bürgermeister Bartsch merkt an, das Thema sei seit vielen Jahren bekannt. Aufgefallen sei, dass es Unterschiede in dessen Behandlung zwischen Köln und anderen Städten gebe. Er dankt der Verwaltung für die Beantwortung, sieht die Problematik einer Verpflichtung von Arbeitslosen zu einem derartigen Projekt jedoch anders als die Verwaltung. Die Auffassung der Verwaltung, dass Arbeitslosen, die zu einem derartigen Projekt verpflichtet werden, im ersten Arbeitsmarkt keine Zukunft eröffnet werde, sollte die Politik nicht daran hindern, diesen Gedanken aufzugreifen. Es gehe auch darum, Anreize zu schaffen, den Bereich des Ehrenamtes stärker in den Vordergrund zu heben.

SE Herr Bilke widerspricht Herrn Bartsch. Entweder man mache dies ehrenamtlich oder im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen, die jedoch, wie die Verwaltung schlüssig dargelegt habe, unter den genannten Bedingungen unsinnig seien. Überrascht sei er eher über die Voraussetzungen, die vorliegen müssen, um derartige Projekte ehrenamtlich zu übernehmen. Als Beispiel nennt er die vertragliche Bindung über einen langen Zeitraum hinweg. Herr Bilke vermutet, dass sich unter den genannten Rahmenbedingungen wenig Menschen für einen ehrenamtlichen Einsatz finden werden. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das ein richtiger Ansatz ist.

Beigeordnete Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Bitte an das Ordnungsamt zu. Sie weist auf das einerseits sehr strenge Tierschutzrecht hin. Andererseits gebe es Taubenvergrämungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Netze. Wenn diese jedoch nicht akribisch und regelmäßig gewartet würden, sei die Anwendung strafbar. Frau Bredehorst macht dieses Dilemma deutlich.

RM Herr Bacher schlägt vor, abzuwarten, bis das Düsseldorfer Projekt Ergebnisse zeigt, bevor man sich zu weiteren Schritten entschließt.

Nachdem die Sitzung wegen einer technischen Störung der Mikrophone kurzfristig unterbrochen werden musste, informiert der Leiter des Veterinäramtes, Herr Dr. Lohoff, über die mangelhafte Umsetzbarkeit des Taubenkonzeptes. Er resümiert, dass die Einrichtung von Taubenhäusern oder das kontrollierte Füttern keinerlei Sinn habe, wenn nicht dauerhaft und zuverlässig Eier ausgetauscht würden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Bredehorst und Herrn Dr. Lohoff zur Kenntnis.

2.4 Städtische Baumschule
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 18.01.2010
AN/0143/2010

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**2.5 Klimawandel: Solaratlas für Köln
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 26.11.2010
(AN/1839/2009)
0072/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.6 Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.07.2009
(AN/1244/2009)
0246/2010**

RM Herr Kienitz bemerkt, viele Dinge seien in den letzten Jahren vorangebracht und entwickelt worden. Als Beispiele nennt er das Projekt "Ökoprofit" und das "KLASSE-Projekt". Es stelle sich jedoch langfristig die Frage, wie das von der Verwaltung gebündelt und nach außen besser transportiert werde.

Beigeordnete Frau Bredehorst verweist auf TOP 5.12. Dort werde genau erklärt, wie die Verwaltung die verschiedenen Projekte bündeln und ein Klimaschutzkonzept insgesamt erreichen wolle.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt dies und die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Realisierung eines Schulbauernhofs
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2009
AN/1867/2009**

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, wie das in Köln und Umgebung bestehende Angebot umweltpädagogischer Projekte sinnvoll um die Einrichtung eines Kölner Schulbauernhofs ergänzt werden kann.

Die Verwaltung möge insbesondere Aussagen treffen

- zu einer möglichen örtlichen Anbindung des Betriebs auf Kölner Stadtgebiet ,
- inwieweit ein solcher Betrieb in Kooperation mit einem existenten Landwirtschaftsbetrieb realisierbar wäre und
- in welcher Trägerschaft ein solches Projekt betrieben werden könnte.

Es soll dargestellt werden, welche kommunalen bzw. freien Träger dafür in Frage kämen und in welchem Umfang die Realisierung eines solchen Betriebs haushaltsmäßige Belastungen zur Folge hätte.

Die Prüfergebnisse sind dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Ausschuss Schule und Weiterbildung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Mündliche Anfragen

**4.1 Mündliche Anfrage des RM Herrn Dr. Welpmann
Haushalt 2010
Transparente Darstellung des "Umwelt- und Grün"-Etat**

RM Herr Dr. Welpmann bittet um Beantwortung folgender Frage zum Haushalt 2010:

Wir bitten die Verwaltung, möglichst kurzfristig eine möglichst transparente Aufstellung zum Umwelt- und Grünetat vorzulegen, aus der die Veränderungen zu den Vorjahren ersichtlich und die daraus resultierenden Auswirkungen kurz dargestellt werden.

**4.2 Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer
Baumbestand Heisterbachstraße**

SB Herr Dr. Fladerer bezieht sich auf eine Anfragebeantwortung der Verwaltung, in der es heiße: "Der Baumbestand in der Heisterbachstraße bildet eine der schönsten Alleen im Stadtgebiet Köln". Im letzten Jahr sei in dieser Allee ein Baum aus Verkehrssicherungsgrnden gefllt worden und dadurch vor dem Haus Nr. 19 ein "Loch" entstanden. Herr Dr. Fladerer möchte wissen, ob die Verwaltung eine Ersatzpflanzung vornehmen werde, um die Allee in ihrer ursprünglichen Schönheit wieder herzustellen.

**4.3 Erinnerung an eine mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
Nutzung von Cofermentation zur Erhöhung der Gasausbeute**

SB Herr Dr. Albach erinnert an seine mündliche Anfrage aus der Sitzung am 27.08.2009, als er im Rahmen der Mitteilung zur CO₂-Minderung bei den StEB durch Eigenstromerzeugung und Energieeinsparung (TOP 19.3) die Untere Abfallbehörde bezüglich der Nutzung von Cofermentation in Kläranlagen zur Erhöhung der Gasausbeute um Stellungnahme bat.

Er konkretisiert seine Anfrage dahingehend, dass es offensichtlich noch unterschiedliche Meinungen zwischen den Betreibern der Kläranlagen und den Unteren Abfallbehörden hinsichtlich der Nutzung von Cofermentation gebe.

Zu allen Anfragen sagt die Verwaltung schriftliche Stellungnahmen zu.

5 **Beschlussvorlagen**

5.1 **Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen 3140/2008**

**Zukünftige Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen, DS-Nr. 3140/2008
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2010
AN/0195/2010**

RM Herr Bacher spricht kurz zum Änderungsantrag und zur Vorlage. Die SPD-Fraktion schließe sich den Vorschlägen der Verwaltung zu den Nutzungsänderungen mit Ausnahme der Ziffern 7.1 (Friedhof Leidenhausen), 9.1 (Schönrather Hof) und 4.1 (Westfriedhof in Ossendorf) an.

In Leidenhausen folge man aus ökologischen Gründen dem Beschlussvorschlag der BV Porz, es bei der Grün- und Freifläche zu belassen. Hinsichtlich der Fläche am Schönrather Hof bitte man die Verwaltung zu prüfen, ob es sich hierbei um einen Irrtum handle. Herr Bacher weist auch auf die Bedenken der Unteren Landschaftsbehörde hin. Darüber hinaus schlage man an der Hugo-Eckener-Straße als Kompromiss vor, die Fläche so zu schneiden, dass der stark genutzte Fußweg erhalten bleibe. Herr Bacher betont, der SPD-Fraktion sei es wichtig, keine weitere Gewerbeflächenausweisung in diesem wichtigen radialen Grünzug vorzunehmen, der auch als Frischluftschneise diene.

Herr Bürgermeister Bartsch erklärt, die CDU-Fraktion trage den Änderungsantrag in dieser Form mit.

Herr Stüttem bestätigt, die Verwaltung könne den Änderungsantrag umsetzen. Bezüglich der Fläche am Schönrather Hof erläutert er, dass der Bebauungsplan am 30.06.2009 beschlossen worden sei, während die Vorlage noch im Beratungsverfahren gewesen sei, so dass die Empfehlungen der Verwaltung nicht plausibel erschienen. Die Verwaltung werde, falls gewünscht, zur Ratssitzung noch eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

SB Herr Dr. Albach weist darauf hin, dass bereits in der Integrierten Raumanalyse die Fläche rund um den S-Bahnhof Stammheim als Gewerbegebiet dargestellt sei. Dieses sei unerlässlich, schaffe dringend notwendige Arbeitsplätze und sei durch den S-Bahnhof sehr gut erreichbar.

Das Gebiet südwestlich zwischen Bahn und Düsseldorfer Straße sei bereits Gewerbegebiet. Hinsichtlich der Entscheidung, welches Quartier als nächstes entwickelt werde, plädiert Herr Dr. Albach für den Bereich südöstlich des S-Bahnhofs, da dieser am weitesten von jeglicher Bebauung entfernt sei. Der nordwestliche Bereich liege zu nah an Stammheim und rage zudem am weitesten in den Frischluftbereich hinein. Umgekehrt sei die Friedhofserweiterungsfläche wesentlich weniger schädlich und wäre aus seiner Sicht viel sinnvoller zuerst zu entwickeln. Daher könne er dem Änderungsantrag an der Stelle nicht zustimmen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller schlägt vor, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen. Dieser Vorschlag trifft auf allgemeine Zustimmung.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende über Ziffer 1 des Änderungsantrags abstimmen:

Beschluss:

1. Die ehemalige Erweiterungsfläche Ziffer 7.1 Friedhof Leidenhausen (2,2 ha) im Stadtbezirk Porz ist im weiteren Nachnutzungs- und Planungsverfahren als „Grün/Freiraum“ auszuweisen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt sie über Ziffer 2 des Änderungsantrags abstimmen:
- 2. Hinsichtlich Ziffer 9.1 Friedhof Schönrather Hof (4,0 ha) im Stadtbezirk Mülheim möge die Verwaltung bis zur Ratssitzung prüfen und bewerten, inwieweit die vorgeschlagene Umwidmung der Fläche dem Entwicklungsziel der Erhaltung und Weiterentwicklung des vorhandenen Grünzugs widerspricht.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt sie über Ziffer 3 des Änderungsantrags abstimmen:
- 3. Ziffer 4.1. Westfriedhof (Ossendorf) im Stadtbezirk Ehrenfeld: Der Zuschnitt der vorgeschlagenen Gewerbefläche ist dahingehend zu verändern, dass die bestehende Wegebeziehung zwischen dem Mühlenweg und der Hugo-Eckener Straße erhalten bleibt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt.

- Abschließend lässt sie über die Verwaltungsvorlage unter Einbeziehung des gesamten Änderungsantrags abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat unter Bezugnahme auf das Beratungsergebnis zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – AN/0195/2010 – die Annahme des folgenden **geänderten** Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen **mit folgenden Ausnahmen:**

1. Die ehemalige Erweiterungsfläche Ziffer 7.1 Friedhof Leidenhausen (2,2 ha) im Stadtbezirk Porz ist im weiteren Nachnutzungs- und Planungsverfahren als „Grün/Freiraum“ auszuweisen.
2. Hinsichtlich Ziffer 9.1 Friedhof Schönrather Hof (4,0 ha) im Stadtbezirk Mülheim möge die Verwaltung bis zur Ratssitzung prüfen und bewerten, inwieweit die vorgeschlagene Umwidmung der Fläche dem Entwicklungsziel der Erhaltung

und Weiterentwicklung des vorhandenen Grünzugs widerspricht.

3. Ziffer 4.1. Westfriedhof (Ossendorf) im Stadtbezirk Ehrenfeld: Der Zuschnitt der vorgeschlagenen Gewerbefläche ist dahingehend zu verändern, dass die bestehende Wegebeziehung zwischen dem Mühlenweg und der Hugo-Eckener Straße bestehen bleibt.

zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung – soweit zur Realisierung der vorgeschlagenen Nachnutzung erforderlich – **unter Beachtung der vorgenannten Ausnahmen** die bauleitplanerischen Voraussetzungen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

5.2 Entwicklungskonzept Porz-Mitte 3629/2008

RM Herr Kienitz begrüßt die umfangreiche Vorlage der Verwaltung, die zahlreiche aus Umweltsicht interessante Maßnahmen empfehle. Er geht auf den Auszug aus der Niederschrift der BV Porz vom 22.09.2009 (Anlage 4) ein und regt zu den einzelnen Beschlussempfehlungen der BV Einzelabstimmung an. Insbesondere über die Punkte 1.3.1, 2.1 und 3.2.1, die die CDU-Fraktion in Porz eingebracht habe bzw. zu denen Voten abgegeben wurden, die gegen die Intention der CDU-Fraktion sprachen, möchte er einzeln abstimmen lassen.

RM Herr Bacher macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss Umwelt und Grün nur unter den umwelt- und grünpolitischen Aspekten votiere und weniger unter z. B. baupolitischen Gesichtspunkten.

Nach kurzer Diskussion über das weitere Verfahren bittet die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller zu protokollieren, dass die Anregungen der BV Porz insgesamt positiv zur Kenntnis genommen werden.

Anschließend lässt sie über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Porz-Mitte, mit Planungskonzept einschließlich Planungs- und Handlungsempfehlungen als teilträumliche Entwicklungsplanung und Grundlage für die zukünftige Bauleitplanung gemäß § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Weiterverfolgung und Umsetzung der Planungs- und Handlungsempfehlungen. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend dem beschlossenen Nutzungskonzept fortzuschreiben. Zur konkreten Ausgestaltung, Finanzierung und verfahrensseitigen Abwicklung bzw. Umsetzung von Einzelprojekten sind nach Erfordernis zu gegebener Zeit Einzelvorlagen den jeweils zuständigen Gremien gesondert zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

5.3 Ergebnis des städtebaulichen Verfahrens Raum | Stadt | Brücke Köln-Mülheim, Grundlage der weiteren Planung 3422/2009

SB Herr Dr. Albach merkt kritisch an, dass keine tatsächlichen gestalterischen Veränderungen vorgenommen werden sollen. Er geht auf die baulichen Gegebenheiten ein und betont, wie bereits in der vorherigen Sitzung, dass diese von vielen Frauen als Angsträume bezeichnet würden.

Es handle sich um ein Projekt, das die Stadt nicht weiterbringe und werde daher von der FDP-Fraktion abgelehnt. Man plädiere eindeutig dafür, das Planungskonzept des ersten Ranges umzusetzen.

RM Herr Bacher spricht sich namens der SPD-Fraktion für den Vorschlag der BV Mülheim aus.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst nach kurzer Rückkopplung zusammen, dass sich die übrigen Fraktionen dem mehrheitlichen Votum der BV Mülheim anschließen und stellt diesen Beschlusstext zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das Ergebnis der Mehrfachbeauftragung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Bearbeitungsraum im Umfeld der Mülheimer Brückenrampe gemäß dem Planungskonzept des **zweiten Ranges der Büros mvm + starke Architekten, Köln + club L94, Landschaftsarchitekten, Köln** weiter zu qualifizieren und die notwendigen weiteren Planungsschritte einzuleiten. **Maßgabe ist, dass die Bebauung am Rhein nicht erfolgt und der Festplatz erhalten bleibt.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

5.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 4686/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt dem zweiten Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 6.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung und Fortschreibung von Abwasserbeseitigungskonzepten der Gemeinden vom 27.12.2007 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

- 5.5 168. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Poll**
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2862/2009

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die nächste Sitzung am 11.03.2010. Soll zusammen mit Beschlussvorlage zum B-Plan-Entwurf Poller Damm (2977/2009) beraten werden.

- 5.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
4512/2009

Von der Verwaltung zurückgezogen.

- 5.7 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweilerstraße in Köln-Ossendorf**
Hier: Ingenieurleistungen für die Oberflächenabdichtung
4966/2009

RM Herr Bacher fragt, wie die Fachverwaltung zur kritischen Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes stehe.

Herr Strauß informiert darüber, dass dies noch im Verfahren geklärt werde. Hier gehe es lediglich um die reine Bedarfsfeststellung und nicht um die Vergabe.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf für die Fortführung der Objektplanung zum Oberflächenabschluss der Altdeponie Butzweilerstraße fest und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Ingenieurleistungen.

Die Kosten der Ingenieurleistung werden auf 490.000 € brutto geschätzt.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 5.8 Toilettencontainer an den Poller Wiesen und der Rodenkirchener Riviera**
5316/2009

Herr Bürgermeister Bartsch bemerkt, der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei mit einem Finanzierungsvorbehalt versehen und schlägt daher vor, die Vorlage in die HPL-Beratungen zu verweisen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller stellt fest, es handle sich zunächst um einen Verweisungsbeschluss.

SB Herr Dr. Albach spricht sich dafür aus, sowohl die Toilettenhäuschen, als auch die beleuchtete Joggingstrecke dort anzusiedeln, wenn man auf den Poller Wiesen eine intensivere Sport- und Freizeitnutzung beabsichtigt. Dies sollte man bereits jetzt berücksichtigen.

RM Herr Brust erwähnt, aus der Vorlage sei ersichtlich, dass die Toilettenanlagen schlecht genutzt worden seien. Allerdings sei ebenfalls erkennbar, dass es dort keine Ausschilderung gebe. Daher stelle er namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Zusatzantrag, die Verwaltung zu beauftragen, bei Weiterbetrieb der Toiletten eine entsprechende Ausschilderung und Werbung sowie eine flexible Gestaltung der Öffnungszeiten entsprechend der Witterung zu prüfen.

Herr Eppenich weist darauf hin, dass an den Poller Wiesen in der Bezirkssportanlage eine Toilette vorhanden sei. Diese könne bei entsprechenden sportlichen Planungen jederzeit wieder geöffnet und nach Bedarf durch einen Beschäftigungsträger bewirtschaftet werden. Voraussetzung seien vorhandene Haushaltsmittel. Hinsichtlich der Rodenkirchener Riviera räumt er ein, die vergangenen Lösungen seien aufgrund des kostenlosen Betriebes sicherlich nicht optimal gewesen. Bei einem dauerhaften Betrieb würde dies, genauso wie die Ausschilderung, geändert.

Abschließend macht Herr Eppenich darauf aufmerksam, dass eine Umsetzung in 2010 nicht erfolgen könne, sollte die Vorlage in die Haushaltsplanberatungen verwiesen werden.

Die Ausschussvorsitzende stellt nach kurzer Klärung mit den Ausschussmitgliedern die **Verweisung der Vorlage mit dem mündlich beantragten Zusatz** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **mit dem Zusatz** in die nachfolgenden Gremien und bittet die Verwaltung, die Vorlage mit den Voten der Bezirksvertretungen Rodenkirchen, Porz und Innenstadt wieder vorzulegen.

Zusatz:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung,

1. eine entsprechende Ausschilderung und Werbung bei Weiterbetrieb der Toiletten und
2. eine flexible Gestaltung der Öffnungszeiten entsprechend der Witterung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.9 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 70420/02 Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll 2977/2009

Von der Verwaltung zurückgezogen.

5.10 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)
Öffentliche Auslegung
2. Durchgang
3525/2009

Von der Verwaltung zurückgezogen, da bei gleichlautenden Beschlüssen der anderen Gremien keine Wv. mehr erforderlich war.

5.11 Machbarkeitsstudie "Beleuchtete Laufstrecken in Köln"
5270/2009

RM Herr van Benthem berichtet aus der Sitzung des Sportausschusses. Dieser habe die Verwaltungsvorlage nicht positiv bewertet. Vielmehr sollten im Falle der Projektumsetzung der Schwerpunkt auf das Ziel gelegt werden, Minimalanforderungen für eine beleuchtete Laufstrecke zu schaffen, erfolgreich externe Sponsoren gesucht und im Ausschuss benannt werden.

RM Herr Dr. Welpmann betont, er habe aus umweltpolitischer Sicht Probleme mit der Vorlage, wolle sie jedoch nicht aufhalten, da er durchaus das Bedürfnis aus sportpolitischer Sicht sehe. Sollte die konkrete Planung vorliegen, müsse diese allerdings hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit geprüft werden. Wenn diese nicht nachgewiesen werden könne, werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage nicht zustimmen können.

RM Herr Bacher macht darauf aufmerksam, dass es heute nur um die Einräumung einer Priorität gehe, sollte tatsächlich eine Laufstrecke eingerichtet werden. Außerdem müssen noch geeignete Sponsoren gefunden werden, ohne die das Projekt ohnehin nicht umgesetzt werden könne. Abschließend weist er in dem Zusammenhang auf den Grundsatzbeschluss des Ausschusses Umweltschutz und Grün vom 29.01.2004 hin.¹

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller schlägt vor, wie Sportausschuss zu beschließen. Hierüber herrscht im Ausschuss Konsens.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stimmt folgender Empfehlung des Sportausschusses zu:

Der Sportausschuss nimmt die Ausführungen der planenden Architekten zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie der Bezirksvertretung Lindenthal, dem Ausbau der Laufstrecke im Bereich der Stadtwalderweiterung Priorität einzuräumen sowie die Verwaltung zu beauftragen, die Verhandlungen mit den potentiellen Sponsoren im Hinblick auf eine gesicherte Finanzierung weiterzuführen.

¹ TOP 4.5 Beleuchtung von Wegen in öffentlichen Grünanlagen DS-Nr.: 1740/003

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, dass Wege in öffentlichen Grünanlagen nicht mit einer Beleuchtung ausgestattet werden. Über Ausnahmen ist ein gesonderter Beschluss herbeizuführen.

Die Verwaltung wird gebeten, bei Neubaugebieten und Vorhaben, die an Parks grenzen, zu prüfen, ob Investitionsträger bereit sind, die Investitions- und Unterhaltungskosten insgesamt zu übernehmen.

Darüber hinaus bekräftigt der Sportausschuss die Einrichtung einer Laufstrecke östlich des Rheins, vorzugsweise auf den Poller Wiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln.

5.12 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Bürgermeisterkonvent 0215/2010

Herr Dr. Arentz stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Aktionsplan vor.² Er erläutert die Ziele des Konvents der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dem die Stadt Köln im September 2008 beigetreten sei und geht auf die damit verbundenen Verpflichtungen ein.

Unter Hinweis auf die Mitteilung unter TOP 8.8 (Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz) informiert er kurz über die Konferenz in Hamburg und den Beschluss der dort zusammen gekommenen Konventstädte.

Herr Dr. Arentz führt die bisher erfolgten Einzelmaßnahmen der Stadt Köln in den Sektoren Energie, Bauen und Mobilität auf. Diese seien zwar umfangreich, es fehle jedoch bisher an einem Plan, der diese Aktivitäten zusammenfasse und einem Maßnahmenprogramm, das perspektivisch darstelle, wie die Ziele der EU und des Konvents erreicht werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Anlage, in der die Einzelmaßnahmen beschrieben sind. Man habe zunächst bewusst auf eine absolut aktuelle Darstellung unter Einbindung der gesamten Verwaltung verzichtet. Vielmehr beabsichtige man, das Klimaschutzkonzept mit einen eindeutigen "Startschuss" zu beginnen und als neues Leitziel innerhalb der Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze zu verankern.

Im weiteren Verlauf des Vortrags informiert Herr Dr. Arentz über das vom Klima-Bündnis und Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU) erstellte Werkzeug des Benchmarks Kommunalen Klimaschutz.

Auf Nachfrage von RM Frau Dr. Müller, mit welchen Städten Köln verglichen wurde, antwortet Herr Dr. Arentz, dass es sich um die Konventstädte ab 100.000 Einwohnern handle.

Das Vergabeverfahren für die zu beteiligenden Gutachter bzw. für den Bereich Energie sei inzwischen abgeschlossen bzw. unmittelbar vor dem Abschluss und man könne die Aufträge erteilen. Ziel sei eine fortschreibbare Energie- und CO₂-Bilanz und ein Maßnahmenkatalog mit einer Prioritätensetzung, auf deren Basis der Rat die Maßnahmen beschließen könne.

Herr Dr. Arentz unterstreicht, die Querschnittsaufgabe "Klimaschutz" müsse in allen Dezernaten angesiedelt sein, was bedeute, dass in allen Dezernaten jemand sein müsse, der für Klimaschutz verantwortlich sei. Daneben müsse das Thema in der Öffentlichkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei den Investoren, ankommen. Um dies zu erreichen, werde eine verwaltungsinterne, dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet.

² Die Folien des Vortrags sind der umgedruckten Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abschließend bittet Herr Dr. Arentz die Ausschussmitglieder, die Vorlage weiter zu geben, so dass über sie in der nächsten Ratssitzung am 02.02.2010 beschlossen werden könne.

Beigeordnete Frau Bredehorst ergänzt, die Verwaltung arbeite schon länger am Klimaschutzkonzept, da sie durch den Beschluss des Ausschusses zum CO₂-Minderungskonzept einen politischen Auftrag erhalten habe.

Sie macht deutlich, dass die Stadt Köln im Klimaschutz trotzdem etwa 10 Jahre im Rückstand sei. Es gebe andere Städte in Deutschland, die weiter seien und sich des Themas wesentlich früher und mit entsprechender personeller Besetzung – auch innerhalb der Verwaltung – angenommen haben. Schließlich mache es einen Unterschied, ob eineinhalb oder zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Umweltverwaltung daran arbeiteten. Momentan könne man aufgrund der Wirtschaftskrise zwar schlecht die Verwaltung verstärken, aber dadurch werde es nicht leichter, 10 Jahre Rückstand aufzuholen.

Die Beigeordnete macht auf die wegweisenden Ratsbeschlüsse zum Thema Klimaschutz, z. B. im Bereich Verkehr oder Energieeinsparung, aufmerksam. Bekannt sei aber auch, dass diese Ratsbeschlüsse nur halbherzig befolgt würden. Es fehle eine Stelle, die das Thema koordiniere und als "Klimaschutzbeauftragte/r" verstärkt die Umsetzung der Beschlüsse kontrolliere.

Anschließend stellt sich die neue Mitarbeiterin, Frau Cornelia Klör vor, die seit Mai 2009 im Umwelt- und Verbraucherschutzamt eingesetzt ist. Insbesondere unterstütze sie Herrn Dr. Arentz im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes im Bereich "Mobilität", auch, was die "Umweltzone" angehe. Im Bereich "Energie" arbeite sie ebenfalls mit.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller betont, der politische Wille zum Thema "Klimaschutz" sei auch auf Ratsebene und der Ebene anderer Ausschüsse immens wichtig. Dieses Thema sei kein reines Umweltthema, genauso, wie es auch in der Verwaltung als Querschnittaufgabe verankert werden müsse.

Hinsichtlich der Ergebnisse des Benchmarkings auf Seite 34 des Aktionsplans merkt sie kritisch an, dass sie die überaus positive Selbsteinschätzung im Bereich Verkehr nicht nachvollziehen könne. Sie möchte wissen, wer diese Selbsteinschätzung gemacht habe.

RM Herr Dr. Welpmann beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Zum Einen mache er wegen der verspäteten Zustellung formale Gründe geltend, zum Anderen gebe es aber auch einen inhaltlichen Grund. Es sei wichtig, nicht nur im Umweltausschuss, sondern auch im Rat eine inhaltliche Debatte zu führen, da das Thema "Klimaschutz" nicht nur in den Umweltbereich gehöre. Auch in anderen Ausschüssen sollte es später noch vertieft behandelt werden.

SE Frau Grosser fragt, welche Städte konkret genannt werden. Außerdem beurteilt sie das Konzept oberflächlich betrachtet als gut, sie vermisse jedoch eine Kostenaufstellung.

RM Herr Kienitz dankt der Verwaltung für den Vortrag. Er enthalte gute Ansätze. Er kommt auf seine eingangs unter TOP 2.6 gestellte Frage zur Vernetzung bestimmter Bereiche zurück. Wenn man das Ergebnis des Benchmarking für Köln betrachte, so gebe es viele Bereiche, wo in Zukunft noch an deren Verbesserung gearbeitet werden müsse. Zum Beispiel müsse die Kooperation mit Großverbrauchern in den nächsten Jahren verstärkt begleitet werden. Klimaschutz betrachte er ebenfalls als eine Querschnittaufgabe in vielen Bereichen. Beispielsweise gebe es im Wohnungsbau eine neue Energieeinsparverordnung.

Ein wichtiger Punkt sei die Öffentlichkeitsarbeit, etwa wenn es darum gehe, unter dem Stichwort "Ökoprotit" Unternehmen einzubinden.

Abschließend befürwortet Herr Kienitz ebenfalls die Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat. Er betont aber auch für die CDU-Fraktion, dass man es nicht für gut halte, wenn der federführende Fachausschuss eine derart wichtige Vorlage ohne Votum in den Rat schieben müsse, nur weil sie so kurzfristig zugegangen sei.

SE Herr Donath fragt, welche Funktionen die Startbilanz auf Seite 29 der Anlage 1 habe. Ihm sei aufgefallen, dass die Emissionsfaktoren für Fernwärme schlechter seien, als die für Gas. Diese Faktoren können nicht auf Millionenstädte wie Köln bezogen sein. Er bittet zu prüfen, ob es möglich sei, in dem Teil, wo über die Fernwärme berichtet wird, die Emissionsfaktoren von CO₂ mit zu berücksichtigen.

Er beanstandet, dass die Klärwerke in der Vorlage nicht enthalten seien und bittet, dies zu korrigieren.

SE Herr Becker bittet zum Punkt "Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft" auf S. 19 die Maßnahmen "Gebäudeanalyse und Energiekonzepte erarbeiten" mit aufzunehmen. Er fragt, an wen man sich wenden könne, wenn man bei der genauen Durchsicht des Aktionsplans noch offene Punkte findet.

SB Herr Dr. Albach fragt, weshalb schon bekannt sei, welcher Gutachter für den Sektor "Energie" beauftragt werden solle, wenn die Ausschreibung noch nicht ganz abgeschlossen sei. Er merkt kritisch an, er könne den Aktionsplan seiner Fraktion nicht erklären, zumal er die Vorlage noch nicht lange habe, um sie lesen zu können. Er frage, wie die Ziele, die Köln erreichen wolle, zu denen der Bundesregierung passten. Momentan sei man seit November/Dezember 2009 bei einem Einsparziel von 30 %, im Aktionsplan stünden lediglich 20 %. Es fehlten mehrere Kyōtogase, die Verwaltung fokussiere sich nur auf CO₂. Der Umbau der Wirtschaft in Köln, die Deindustrialisierung, sei überhaupt nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Albach beantragt abschließend eine intensivere Behandlung mit dem Thema, bevor es umgesetzt werde.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller entgegnet, sie habe die Vorlage als einen ersten "Aufschlag" zum Thema verstanden. Die inhaltliche Diskussion sei damit noch lange nicht beendet. Sie regt die Verwaltung an, in den kommenden Sitzungen Informationen zu Teilbereichen in Form einer Mitteilung dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben und damit eine Diskussion zu ermöglichen.

Beigeordnete Frau Bredehorst schlägt vor, zu den Themen "Energie" und "Mobilität" zwei Fachgespräche zu organisieren und alle Mitglieder des Ausschusses dazu einzuladen. Hinsichtlich der Frage der Querschnittaufgabe werde es Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes sein, einen verwaltungsinternen, dezernatsübergreifenden Arbeitskreis zu bilden und die beteiligten Ämter einzubinden. Auch außerhalb der Stadtverwaltung beabsichtige man, zusammen mit den Institutionen, die maßgeblich auf Klimaschutzeffekte einwirken können, ein Gremium in Form eines Beirates oder runden Tisches zu bilden. Dazu gehöre auch der Stadtwerkekonzern.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden verschiedene Vorgehensweisen für die Zukunft angesprochen. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass "Klimaschutz" in den weiteren Ausschusssitzungen Thema bleiben wird und in der nächsten Sitzung die verschiedenen Alternativen einer Arbeitsgruppe, Sondersitzung oder eines Unterausschusses vorgeschlagen und diskutiert werden.

RM Herr van Benthem beanstandet die äußerst späte Zustellung der Vorlage und fordert im Namen der CDU-Fraktion die Verwaltung auf, in Zukunft derartige Dinge zu unterlassen.

Herr Dr. Arentz geht auf die Anregungen, Fragen und Kritik der Ausschussmitglieder ein und erläutert, dass es sich bei den 22 Seiten starken Ausführungen der Anlage 1 zur Beschlussvorlage keinesfalls um einen Maßnahmenplan zum Klimaschutzkonzept handle. Vielmehr handle es sich lediglich um die bisherigen Einzelprojekte.

Der zweite Teil nach dieser Rückblende sei ein Auszug aus dem Auftrag an die jeweiligen Gutachter. Diese Ausführungen, die ebenfalls noch kein vollständiges Konzept seien, müssen selbstverständlich mit allen Beteiligten, auch den entsprechenden politischen Gremien, intensiv diskutiert werden. Erst danach könne ein Maßnahmenplan oder das Aktionsprogramm erstellt werden.

Hinsichtlich der Kritik von Frau Dr. Müller zur Selbsteinschätzung im Benchmarking, erläutert Herr Dr. Arentz, dass Fragen hinsichtlich der Aktivität einer Stadt in bestimmten Bereichen beantwortet worden seien. Zahlen seien nicht abgefragt worden. Man werde dieses bisherige Vorgehen im Benchmarking und die zukünftige Vorgehensweise mit IFEU besprechen.

Die Kosten der Klimaschutzmaßnahme werden Inhalt des Maßnahmenplans zum Klimaschutzkonzept sein, welches dem Rat und den Ausschüssen vorgelegt wird.

Zum Thema "Ökoprofit" erklärt er, dass man auf die Großverbraucher zugehen werde. Man erwäge auch da einen speziellen Arbeitskreis. Hinsichtlich der KMUs (*kleine und mittlere Unternehmen*) finde heute Abend um 18:00 Uhr in der IHK die Werbeveranstaltung für das Ökoprofit-Projekt statt. Am 10.03.2010 soll die Auftaktveranstaltung mit dem Oberbürgermeister stattfinden.

Zur Funktion der Startbilanz betont er, dass es sich um Zahlen handle, die auf Daten des nationalen statistischen Durchschnitts basierten.

Hinsichtlich der Vergabe erläutert Herr Dr. Arentz, dass das Vergabeverfahren bereits abgewickelt gewesen sei. Aufgrund einer kleinen Änderung musste der Vorgang nochmal ans Vergabeamt zurückgegeben werden mit der Frage, ob eine neue Ausschreibung erforderlich sei. Die mündliche Zustimmung des Vergabeamtes zum Verfahren liege bereits vor. Auf die schriftliche warte man noch.

Frau Bredehorst bekräftigt, dass alle vergaberechtlichen Vorschriften beachtet worden seien.

Auf die Frage von SE Herrn Becker erläutert sie, dass die Fraktionen über die Vorlage das Letztentscheidungsrecht haben und daher auch Änderungen einbringen können.

Abschließend stellt die Ausschussvorsitzende die Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

6 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

7 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

8 Mitteilungen

8.1 Maßnahmen der Landschaftsentwicklung zur Aufwertung der Kulturlandschaft im Rahmen des Projektes RegioGrün 4833/2009

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die zur letzten Sitzung umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.2 Sachstandsbericht zum Projekt Ökoprofit in Köln 5012/2009

RM Herr Kienitz bittet, den aktuellen Zahlenstand der interessierten bzw. angemeldeten Unternehmen mitzuteilen und die Ausschussmitglieder zur Auftaktveranstaltung im März einzuladen.

Frau Bredehorst bestätigt, dass die Mitglieder des Ausschusses zur Auftaktveranstaltung mit dem Oberbürgermeister eine Einladung erhalten.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller regt an, alle Ratsmitglieder einzuladen.

Auf die Frage von Herrn Kienitz antwortet Herr Liebmann, dass zur Zeit 5 Unternehmen zugesagt haben. 20 bis 30 weitere Unternehmen seien an dem Projekt interessiert.

SB Herr Dr. Albach erinnert an den Beschluss zum Projekt Ökoprofit, der eine Vernetzung von kommunaler und privater Wirtschaft anstrebe. Er möchte wissen, wie viel Anmeldungen aus dem kommunalen und wie viel aus dem privaten Bereich kommen.

Frau Bredehorst informiert, aus dem Bereich der kommunalen Wirtschaft komme niemand.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die zur letzten Sitzung als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3 Machbarkeitsstudie "Beleuchtete Laufstrecken in Köln"

s. TOP 5.11

8.4 Aufforstung des Waldlabors an der Bachemer Landstraße 0021/2010

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.5 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Mauspfad
in Porz-Lind
Hier: Verkehrsführung während der Baumaßnahme
5210/2009**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.6 Vergabe des Deutschen Umweltpreises 2010
0119/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.7 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5290/2009**

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 11.03.2010.

**8.8 Unterzeichnung der "Hamburger Erklärung" zum Klimaschutz
0245/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 11.03.2010.

**8.9 Altdeponie "Stöckheimer Weg"
Vorübergehende Schließung der Kleingartenanlage
0329/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung am 11.03.2010.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge
(Schriftführerin)